

Richter+Frenzel Technikforum 2015

Donnerstag, 29.01.2015 um 13:00 Uhr

Richter+Frenzel Regensburg GmbH

Ernst-Frenzel-Straße 4, 93083 Obertraubling

Perspektiven der bayerischen Wirtschaft

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die zu Ihrem diesjährigen Technikforum.

Ein Blick in Ihr Programm zeigt: Sie beschäftigen sich mit einer Fülle von aktuellen Themen, die Ihre Branche betreffen.

Bevor wir zu den Perspektiven der Wirtschaft kommen, möchte ich kurz die vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft vorstellen:

Bei uns ist alles vertreten, was die Bandbreite unseres Erfolgs made in Bayern ausmacht:

Das sind aktuell 120 Mitgliedsverbände, darunter natürlich auch Ihr Verband, der SHK Fahverband Bayern.

Dazu kommen 38 weitere Einzelmitglieder wie zum Beispiel Audi, BMW und Siemens.

In diesen Branchen sind über 4,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bayern tätig.

Darum lässt sich mit Fug und Recht sagen: Wir sind die Stimme der bayerischen Wirtschaft.

Auch im Interesse dieser Menschen setzen wir uns ein

- für den Erhalt und Ausbau unserer Wettbewerbsfähigkeit,
- für ein innovationsfreundliches Umfeld
- und für eine zukunftsfähige Infrastruktur.

Dazu stehen wir im engen Austausch mit der Politik – in Bayern, Berlin und Brüssel.

Meine Damen und Herren,

wenn wir über Perspektiven der bayerischen Wirtschaft sprechen, dann hat das immer auch etwas mit der Lage in der Welt zu tun.

Bayern ist keine Insel, und als exportorientierte Volkswirtschaft sind wir unmittelbar betroffen von den globalen Entwicklungen.

Und hier gibt es zahlreiche Entwicklungen, die uns derzeit Sorge machen.

Geopolitische Risiken

Die ersten Wochen des Jahres waren gleich erfüllt vom Schock über die schrecklichen Anschläge in Paris.

Der internationale Terrorismus ist eine der größten Gefahren für die Menschheit.

Deshalb sollten die Nationen nicht das Trennende, sondern das Verbindende in den Vordergrund stellen.

Dazu kann auch ein enger wirtschaftlicher Austausch einen Beitrag leisten – nach dem Motto: Wandel durch Handel!

Dafür treten wir als vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft ein.

Die geopolitischen Krisen – insbesondere die Konflikte im arabischen Raum und die Russlandkrise – sind ja auch für uns große Herausforderungen.

Wir haben 6000 deutsche und 1500 bayerische Unternehmen, die in Russland aktiv sind. Sie klagen über Einbußen im Russland-Geschäft von bis zu 30 Prozent.

Die Sanktionen zeigen ihre Wirkung – aber auf beiden Seiten!

Die Russen orientieren sich jetzt notgedrungen in Richtung Türkei und China. Die Sanktionen zwingen sie dazu.

Doch wenn die Geschäfte einmal dort sind, kommen sie nicht mehr zu uns zurück.

Sicherlich ist wichtig, dass die EU gegenüber Russland mit einer Stimme spricht.

Die Sanktionen sollen aber dazu dienen, Russland wieder an den Verhandlungstisch zu bringen – nicht dazu, das Land ins Chaos zu stürzen und unseren Geschäften zu dauerhaft zu schaden.

Darauf haben wir von Anfang an hingewiesen.

Mittlerweile scheint sich diese Erkenntnisse auch bei der Politik durchzusetzen.

So hat Wirtschaftsminister Gabriel vor wenigen Tagen in einem Interview gesagt – ich zitiere:
„Wir können doch kein Interesse daran haben, Russland wirtschaftlich auf die Knie zu zwingen. Wir bekommen die vielen Krisen in der Welt, sei

es in Syrien oder im Iran, nicht in den Griff, wenn sich Russland nicht an ihrer Lösung beteiligt.“

Zitat Ende.

Politik und Wirtschaft in Deutschland brauchen starke Partner in der Welt – und dazu gehört auch ein starkes Russland.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die bestehenden Kontakte zu Russland, die sich unsere Unternehmen in den vergangenen 25 Jahren mühsam aufgebaut haben, weiter zu erhalten und zu vertiefen.

Darüber hinaus ist es für uns als exportstarkes Land wichtig, auch die Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner, den USA, langfristig zu festigen.

Deshalb: Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP muss kommen.

Wir hoffen auf einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen in diesem Jahr.

Es ist aber auch notwendig, dass die Amerikaner die europäischen Belange berücksichtigen!

Bayern würde mit am meisten von einem Freihandelsabkommen profitieren.

Wir sind das einzige Land in Europa, wo es so erbitterten Widerstand gegen TTIP gibt. Darum müssen wir mehr aufklären.

Es gibt viele unbegründete Sorgen und Ängste. Viele Hauptkritikpunkte, zum Beispiel die Lebensmittelsicherheit, sind gar nicht Gegenstand der TTIP-Verhandlungen.

An unseren hohen bayerischen Standards für Lebensmittel wird sich nichts ändern!

Hier besteht noch viel Überzeugungs-, oder besser, Informationsbedarf.

Die Chancen für den Standort Bayern sind in jedem Fall größer als die Risiken – das gilt gerade in einer investitionsschwachen Zeit.

Damit bin ich nach dem Blick auf die Welt beim Blick auf die Lage unseres Landes.

Innenpolitische Risiken: Die Politik der Großen Koalition

Und da stellen wir fest: Wir stehen momentan am Scheideweg – konjunkturell wie strukturell.

Wir jammern nicht, aber wir warnen: Es wird immer schwerer, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu halten.

Noch läuft es gut in Deutschland – und noch besser in Bayern:

- Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts ist die deutsche Wirtschaft 2014 um 1,5 Prozent gewachsen – Bayern wird voraussichtlich noch ein Stück drüber liegen. Wir gehen davon aus, dass es 1,7 Prozent werden.
- Auch die Baubranche ist letztes Jahr gut gewachsen: In den ersten zehn Monaten waren es 1,4 Prozent – im Hoch- wie im Tiefbau gleichermaßen. Und für das Gesamtjahr 2014 zeichnet sich eine ähnliche positive Entwicklung ab.
- Die Arbeitslosenquote war mit 3,8 Prozent in Bayern im Jahr 2014 die niedrigste deutschlandweit, und unsere

Jugendarbeitslosigkeit gehört mit 2,0 Prozent zu den niedrigsten in ganz Europa!

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern hat die 5 Millionen-Marke geknackt. In Deutschland sind es über 30 Millionen.

Dies darf aber den Blick für die großen Herausforderungen nicht verstellen, denen sich der Wirtschaftsstandort Bayern gegenüber sieht.

Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeit. Wir, die Unternehmer, müssen sie uns jeden Tag durch Qualität, Innovation, Rationalisierung, Systemkompetenz und Service hart erkämpfen.

Es ist jetzt genau zehn Jahre her, dass die zentralen Reformen der Agenda 2010 in Kraft getreten sind.

Und mit der Agenda 2010 kam der Erfolg zurück.

Wir dürfen jetzt das Erreichte nicht verspielen – es ist für viele Unternehmen sowieso schon sehr schwer, um das, was sie teurer sind, besser zu sein.

Die gegenwärtige Politik geht in die falsche Richtung.

Ein gutes Jahr ist die Große Koalition in Berlin im Amt. Wir haben in diesem ersten Jahr viel Sozialpolitik erlebt, und wenig Wirtschaftspolitik.

Und vor allen Dingen führt diese Politik dazu, dass die Arbeitskosten bei uns noch weiter steigen, obwohl wir damit sowieso schon an der Spitze liegen.

Das ist gerade jetzt brandgefährlich, wo sich die Konjunktur so volatil darstellt und wir die Auswirkungen der internationalen Krisen nicht abschätzen können.

Es war die Bundesregierung, die im Oktober ihre Wachstumsprognose deutlich reduziert hat, und zwar

- auf 1,2 Prozent in diesem
- und 1,3 Prozent im kommenden Jahr.

Alle Prognosen sind derzeit in allen Branchen von großer Unsicherheit geprägt.

Niemand kann heute mit letzter Gewissheit sagen, wie sich die Lage weiterentwickelt.

Deshalb muss jetzt Schluss sein mit einem politischen Kurs, der die Wirtschaft immer stärker belastet, die Kostenspirale nach oben schraubt und die unternehmerische Freiheit weiter einschränkt!

Das kann so nicht weitergehen. Das sagen wir der Politik sehr deutlich.

Die Negativliste ist lang:

Erstens. Der Mindestlohn

Im laufenden Jahr fallen laut Bundesregierung rund 3,7 Millionen Arbeitsplätze unter die Mindestlohnregelung – es könnten aber deutlich mehr sein: Das IW Köln rechnet mit 4,5 Millionen betroffenen Arbeitsplätzen.

Legt man diese Zahlen zu Grunde, erhöht sich die Bruttolohnsumme um 10 bis 16 Milliarden Euro.

Wie unsere Unternehmen diese Mehrkosten schultern sollen, bleibt offen.

Die Folge: Arbeitsplätze werden wegfallen.

Denn überall dort, wo Kunden nicht bereit sind, für eine Dienstleistung oder ein hergestelltes Produkt mehr zu bezahlen, wird der Arbeitsplatz verschwinden.

Das betrifft gerade die einfachere Arbeit, die wir im Land brauchen.

Angesichts der hohen Zahl der Langzeitarbeitslosen und der steigenden Migrantenzahlen, die in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen, ist das ein völlig falsches Signal.

Dazu kommt, dass durch neue Aufzeichnungs- und Meldepflichten eine neue Bürokratielawine auf unsere Unternehmen zurollt.

Wir haben das schon von Anfang an kritisiert.

Dass jetzt aber die Politik selber die hohe Bürokratie beklagt, ist sehr ärgerlich.

Wir brauchen jetzt schnellstmögliche Nachbesserung beim Mindestlohn, vor allem hinsichtlich der Aufzeichnungspflichten und Nachunternehmerhaftung.

Wir haben längst konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Zweitens. Überflüssige Bürokratie schafft auch die Frauenquote – die noch dazu ein weiterer Einschnitt in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit ist [z.B. mit Zielgrößenfestlegung, Berichtspflicht für Maßnahmen zur Frauenförderung].

Frauen brauchen Chancen, keine Quoten!

Insgesamt wird trotz aller Zusicherungen mehr Bürokratie aufgebaut und die Wirtschaft stärker belastet. Das geht so nicht weiter!

Drittens: Auch die Pläne, Werk- und Zeitarbeit noch weiter zu regulieren, sind kontraproduktiv.

Diese Maßnahmen haben uns dabei geholfen, die Arbeitslosigkeit von über 5 Millionen auf unter 3 Millionen abzubauen.

Und eines steht fest: Zeitarbeit qualifiziert – jedenfalls mehr, als es Arbeitslosigkeit tut.

Und die Menschen sind dankbar, eine Aufgabe zu haben.

Viertens. Das überwiegend beitragsfinanzierte Rentenpaket führt zu jährlichen Mehrausgaben ab 2015: circa 10 Milliarden Euro.

Vor allem die Rente mit 63 wird deutlich teurer als befürchtet – über 3 Milliarden Euro im Jahr.

Bei der Rente mit 63 hat man sich tatsächlich um eine Milliarde verrechnet. Das ist für mich absolut unverständlich!

Fünftens. Schon im letzten Jahr hätte der Rentenbeitrag gesenkt werden müssen. Das ist nicht passiert.

7,5 Milliarden Euro wurden den Beitragszahlern vorenthalten.

Jetzt sind zwar die Beiträge zur Rentenversicherung für 2015 um 0,2 Prozentpunkte gesenkt worden.

Nur reicht das leider nicht einmal aus, um – sechstens – die Erhöhung des Beitragssatzes zur

Pflegeversicherung von 0,3 Prozent auszugleichen.

Das sind Mehrkosten von rund 3,5 Milliarden Euro im Jahr.

Und ab 2017 soll der Beitrag nochmal steigen.

Meine Damen und Herren,

zählt man nur diese neuen Vorhaben zusammen, kommen in diesem Jahr über 30 Milliarden Euro Mehrbelastung auf uns zu.

Wir sagen der Politik sehr deutlich:

Jetzt muss Schluss sein!

Sonst verliert der Standort Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit und die Konkurrenz hängt uns ab.

Die Große Koalition muss das Ruder jetzt endlich herumreißen.

Agenda 2020

Was jetzt getan werden muss, haben wir, die vbw, mit unserer Agenda 2020 deutlich gemacht.

Sie bündelt die fünf Top-Punkte, die politisch umgesetzt werden müssen, damit Deutschland stark und Bayern Wirtschaftsstandort Nummer 1 in Deutschland bleibt.

Erstens. Arbeit und soziale Sicherung

Unser größtes Problem am Standort Deutschland sind, wie gesagt, die hohen Arbeitskosten.

Mit 39 Euro liegen die industriellen Arbeitskosten bei uns um knapp ein Viertel über dem Durchschnitt der anderen Industrienationen.

Zum Vergleich die Arbeitskosten anderer Länder:

- Österreich: 33 Euro
- Italien: 27,5 Euro
- Tschechien: zehn Euro
- Bulgarien: unter drei Euro
- China: drei Euro

- Von den anderen asiatischen Schwellenländern ganz zu schweigen.

Und was besonders fatal wirkt: Die Schere zwischen Arbeitskosten und Produktivität geht immer weiter auseinander.

Seit 2007 sind die Arbeitskosten um rund 16 Prozent gestiegen – allein letztes Jahr um 2,4 Prozent – , die Produktivität um gerade einmal zwei Prozent.

Das ist ein Alarmsignal!

Darum muss die Politik jetzt

- alles unterlassen, was die Kosten noch weiter nach oben treibt
- und alles tun, was Investitionen und Innovationen fördert.

Zweitens. Infrastrukturausbau

Die aktuelle Verkehrsprognose der Bundesregierung zeigt:

Bis 2030 wird im Vergleich zu 2010

- der Güterverkehr um 38 Prozent,

- der Personenverkehr um 13 Prozent

zunehmen.

Bei diesem rasanten Verkehrswachstum können wir es uns nicht länger leisten, weiter von der Substanz zu zehren.

Viele Autobahnen und Bundesstraßen sind in einem katastrophalen Zustand.

Eine gute Nachricht für den Standort Deutschland ist, dass der Bund bei den Verkehrsinvestitionen bis 2017 wenigstens 5 Milliarden Euro draufsattelt.

Das reicht aber nicht: Wir brauchen 5 Milliarden Euro zusätzlich – pro Jahr.

Auch die Infrastrukturabgabe kann dazu aus unserer Sicht nach einen wichtigen Beitrag leisten. Darum unterstützen wir unseren Bundesverkehrsminister dabei.

Darüber hinaus brauchen wir beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren – sonst werden wichtige Projekte ausgebremst.

Dazu gehört aus unserer Sicht auch der sechsspurige Ausbau der A3 bis Passau und der A8 zwischen Inntaldreieck und Salzburg.

Dass der Ausbau der B15 nach jahrelangen Planungen sich jetzt wieder verzögert, ist kein gutes Signal für unseren Standort. Hier muss im Dialog mit den Bürgern jetzt schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden!

Einen massiven Ausbau hat auch die Kommunikations-Infrastruktur nötig.

Schon heute trägt die Digitalisierung in Deutschland ein Drittel zum Anstieg der Bruttowertschöpfung bei.

Schnelles Internet ist ein großer Wirtschaftsfaktor.

Wir brauchen einen flächendeckenden Ausbau mit leistungsfähigen Breitbandnetzen.

Dass die Staatsregierung und die Bundesregierung bei der Digitalisierung so aktiv sind und dass allein in Bayern 1,5 Milliarden zusätzlich in den Ausbau der Übertragungsnetze gehen, das begrüßen wir!

Wenn wir von Infrastruktur reden, müssen wir auch vom Ausbau der erneuerbaren Energien reden.

Die Versorgungssicherheit in Bayern ist nach wie vor gewährleistet. Doch die Stromversorgung des Standorts Bayern ist auf Kante genäht: Je nachdem, in welchem Umfang die geplanten Kraftwerke und Leitungen realisiert werden, fehlen in Bayern ab 2023 bis zu 50 Prozent der Jahreshöchstlast.

Wie Sie wissen, führt die Staatsregierung derzeit einen umfassenden Energiedialog. Auch wir sind dabei.

Herauskommen muss jetzt Anfang Februar ein energiewirtschaftliches Gesamtkonzept, das

- zentrale und dezentrale Energieversorgung,
- fossile und erneuerbare Energieträger,
- Energieeffizienz,
- Speicherung und Netzausbau miteinander verknüpft und in Einklang bringt.

Wir dürfen keine Zeit verlieren. Das Konzept muss umgehend umgesetzt werden.

Ziel muss ein europäischer Energiemarkt sein.
Das wird ohne Leitungsbau nicht gelingen.

Auch in Sachen Strompreise muss sich etwas tun.

Die Industrie zahlt bei uns 50 Prozent mehr für Strom als in Frankreich und mehr als doppelt so viel wie in den USA.

Die EEG-Umlage verursacht Kosten von 23,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Das ist ein schwerer Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland!

Unser vordringliches Ziel muss es bleiben, die Strompreise in Deutschland auf dasselbe Niveau wie in anderen Industrieländern zu bringen. Zum Beispiel durch Absenken oder zumindest Einfrieren der Stromsteuer.

Wichtig ist besonders für unsere Branche die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die wir seit langem gefordert haben.

Nur so können wir die dreiprozentige Sanierungsquote und die Klimaschutzziele einigermaßen in Angriff nehmen.

Die beste Lösung aus unserer Sicht ist das Modell „zehn mal zehn“: Zehn Prozent jährliche Abschreibung über zehn Jahre. Das wäre ein echter Anreiz.

Und falls der Ausgleich über einen Abzug von der Steuerschuld erfolgen soll, brauchen wir eine materiell gleichwertige Regelung.

Das wäre dann das Modell „zehn mal fünf“: Das heißt mindestens 5 Prozent Abzug über 10 Jahre.

Über die steuerliche Förderung muss jetzt schnellstens Klarheit geschaffen werden.

Sie sollte möglichst zum 1. Januar 2015 rückwirkend kommen, weil sonst alle abwarten und bis zur Einführung kaum Aktivitäten stattfinden werden.

Jetzt ist es an der Zeit, endlich zum Ziel zu kommen, nachdem das Abschreibungsmodell für die energetische Gebäudesanierung zweimal im Bundesrat gescheitert ist.

Massiv protestieren wir dagegen, dass der Handwerkerbonus gestrichen werden soll.

Das würde wie eine indirekte Steuererhöhung wirken. Das kann in Zeiten der Investitionszurückhaltung niemand wollen.

Drittens. Bildung

Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.

Immer noch verlassen knapp 5 Prozent der Schüler in Bayern die Schule ohne Abschluss.

12,5 Prozent aller Auszubildenden brechen ihre Ausbildung endgültig ab.

28 Prozent der Studenten führen ihr Studium nicht zu Ende.

Unser Ziel: Bis 2020 müssen diese Quoten halbiert sein.

Darum sind wir in den Bereichen Bildung und Ausbildung ja auch so aktiv!

Unsere größte Herausforderung ist der Fachkräftemangel.

Andere Länder Europas haben hingegen mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen.

Durch Arbeitnehmerfreizügigkeit und Berufsfreiheit in Europa sind die rechtlichen Rahmenbedingungen bereits geschaffen worden.

Wir begrüßen das Vorhaben der Bundesregierung, die Internationalisierung auf den Bereich der beruflichen Bildung auszuweiten.

So können wir auch die Menschen, die aus dem Ausland zu uns kommen, besser und schneller in den Arbeitsmarkt integrieren.

Die vbw und die bayerischen Metall- und Elektroarbeitgeber bayme vbm sind hier seit Jahren aktiv.

Wir fördern die Internationalisierung besonders in der dualen Ausbildung. Sie muss zum Exportschlager werden!

Viertens. Investitionen in Forschung und Entwicklung

Wir wollen in Bayern und Deutschland bis 2020 einen internationalen Spitzenplatz in allen Zukunftsfeldern einnehmen.

Der Anteil an Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt liegt in Deutschland bei rund 2,9 Prozent.

Wir streben eine deutliche Steigerung an.

Denn Forschung und Entwicklung sind maßgebliche Treiber unseres Wohlstandes.

Wir begrüßen, dass die Politik Kooperationen des Mittelstands mit Hochschulen stärker fördern möchte.

Dasselbe gilt für den Ausbau der Forschung an Fachhochschulen.

Aber: Dabei allein kann es nicht bleiben.

Wir brauchen auch eine steuerliche Forschungsförderung.

Wir müssen spitze bleiben bei F+E, wenn wir unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze sichern wollen.

Darüber sprechen wir mit Berlin und mit der Bayerischen Staatsregierung.

Fünftens. Steuern.

Die Bundesregierung hat zwar in ihrem ersten Jahr keine Steuern erhöht.

Aber an der heimlichen Steuerhöhung durch die kalte Progression hält sie nach wie vor fest. Versprochen war es anders. Und die niedrige Inflation ist kein Grund, die Reform weiter aufzuschieben.

Und Fakt ist auch: Die Steuerlast auf Unternehmensgewinne in Deutschland ist im internationalen Vergleich hoch.

Gesellschaften zahlen durchschnittlich 48,3 Prozent.

Wichtige konkurrierende Standorte besteuern ihre Unternehmen niedriger:

- Italien zum Beispiel mit 46,6 Prozent,
- Österreich mit 43,8 Prozent,
- die Niederlande mit 43 Prozent.

Gerade darum sehen wir es ja so kritisch, dass die Belastungen für die Wirtschaft weiter steigen, wie vorhin dargestellt. Das muss aufhören!

Wie Sie ja wahrscheinlich mitbekommen haben, hat das Bundesverfassungsgericht diese bisherige, bewährte Handhabung bei der Erbschaftsteuer kassiert. Viele Fragen sind offen.

Wir vertrauen darauf, dass der Gesetzgeber den eingeräumten Handlungsspielraum voll ausschöpft.

Es muss jetzt eine Lösung gefunden werden, die langfristig gewährleistet, dass die Zukunft unserer Familienunternehmen über die Generationen hinweg gesichert bleibt.

Schluss

Meine Damen und Herren,

die Perspektiven der bayerischen Wirtschaft für 2015 fallen durchwachsen aus:

Bayern ist stark, in allen seinen Regionen – auch dank starker Unternehmen wie Richter und Frenzel und eines erfolgreichen Handwerks.

Doch die Risiken steigen – durch geopolitische Konflikte, aber auch durch innenpolitische Weichenstellungen und immer mehr bürokratische Hürden.

Die Politik in Berlin muss das Ruder jetzt schnell herumreißen!

Denn nur eine verlässliche, auf Marktwirtschaft setzende Politik schafft die Voraussetzung für künftiges Wachstum und künftigen Wohlstand.

Und sie gibt den Unternehmen Vertrauen.

Dieses Vertrauen ist momentan gestört. Das mahnen wir an.

Aber erst Vertrauen macht Aufschwung und Erfolg auf Dauer möglich.

Die vbw tritt auch weiterhin dafür ein, dass die Soziale Marktwirtschaft wieder mehr Gehör findet. Damit Bayerns Wirtschaft erfolgreich und wettbewerbsfähig bleibt.

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Tagung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.